

SPD-Bezirkstagfraktion Mittelfranken  
Gisela Niclas, Vorsitzende

**Im Grunde sind es doch die Verbindungen mit Menschen,  
welche dem Leben seinen Sinn geben.**

Wilhelm von Humboldt, 1767 -1865

**Haushaltsrede zur Sitzung des Bezirkstages am 10.12.2015**

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

erinnern wir uns an die Haushaltsberatungen vor einem Jahr: Im Oktober 2014 hatte der Kämmerer einen Entwurf eingebracht mit einer Deckungslücke von 11,5 Mio. Daraus entwickelte sich eine Debatte um eine angeblich unumgängliche Erhöhung der Bezirksumlage um 0,5 bis 0,6 Punkte.

Heute stellen wir fest:

„In 12 Monaten von der Deckungslücke zur Überdeckung“!  
So könnte das Motto für den Haushalt 2016 lauten.

Veränderte Rahmenbedingungen zur Erhebung der Bezirksumlage – Stichworte: Änderung der Bemessungsgrundlage und deutliche Steigerung der Umlagekraft – , aber auch die aktuelle Berechnung nach FAG 15 machen dies möglich. Meine Einschätzung Ende 2013 wird bestätigt, dass sich für den Haushalt 2014 und die darauffolgenden Jahre im Vergleich zu den vergangenen Jahren eine relative Stabilität abzeichnet.

Mehr noch: Der Haushalt 2015 wird voraussichtlich mit einem deutlichen Plus in Millionenhöhe abschließen. .“

Wie wir es Ende 2014 prognostiziert haben, war diese „0,2 Pünktchen-Erhöhung“ so überflüssig wie ein Kropf. Stellen sie sich vor, wir könnten heute von 24,0 und nicht von 24,2 Hebesatzpunkten die anstehende Senkung abziehen. Dann wären wir bei 22,7 ! Wenige Stellen hinter dem Komma bei uns hätten für die Stadt Nürnberg, unserem größten Umlagezahler, gleich mehrere Millionen Entlastung bedeutet! Weniger Schulden wären dort möglich gewesen.

Die Finanzlage des Bezirks dagegen ist geordnet, um nicht zu sagen: Komfortabel. Die Liquidität im laufenden Haushaltsjahr war kontinuierlich gesichert, keine einziger Kassenkredit musste aufgenommen werden. Die Aufgaben in der Eingliederungshilfe sind gut finanziert.

Der aktuelle „Geldsegen“ darf aber nicht über unveränderte strukturelle Probleme und anhaltende Ungerechtigkeiten in der kommunalen Finanzausstattung hinwegtäuschen.

Das langjährige Nord-Süd-Gefälle bei der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung innerhalb des Freistaates wird auch 2016 sichtbar an der Spreizung der Umlagekraft der einzelnen Bezirke zwischen 13 und 8 Prozent. Mittelfranken liegt dabei wie immer deutlich in der unteren Hälfte.

Der Freistaat kommt weiterhin seinen Verpflichtungen im schulischen Bereich – Stichwort Schulbegleitung - nicht nach. Die Verhandlungen zwischen dem Bezirkstag und dem Kultusministerium liegen auf Eis.

Alle anderen Bundesländer erstatten ihren Kommunen die Jugendhilfekosten für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Darin eingeschlossen ist – ebenso wie bei deutschen Jugendlichen – der individuell erforderliche Hilfebedarf über das 18. Lebensjahr hinaus. Nur nicht in Bayern. Hier wird bei jungen Flüchtlingen bei 18 Jahren eine strikte Grenze gezogen. Alle Kosten oberhalb dieses Alters müssen die Bezirke bzw. die Kommunen über die Umlage selbst finanzieren.

Unabhängig vom Kostenaspekt möchte ich an dieser Stelle feststellen: Die SPD-Fraktion steht zur Gleichbehandlung in der Jugendhilfe. Entscheidend für den Umfang der Hilfe darf nur der individuelle Bedarf sein – und nicht die Hautfarbe oder die Nationalität.

Anrede,

nach wie vor werden die bayerischen Bezirke mit keinem einzigen Euro direkt an der sog. Inklusionsmilliarde beteiligt. Indirekt aber sehr wohl, denn das, was der Freistaat vom Bundesgeld an die Kommunen weiterreicht, fließt ja zu 100 % in die Umlagekraft ein. Allerdings reicht Bayern das Geld vom Bund nicht zu 100% an die Kommunen weiter. Ein Teil landet in der Staatskasse.

Hinzu kommt der nach wie vor unzureichende kommunale Finanzausgleich – eine Pflichtaufgabe der Länder.

Bayern hat nach wie vor die niedrigste Verbundquote in ganz Deutschland. Der Anteil, mit dem der Freistaat seine Kommunen am bayerischen Steueraufkommen beteiligt, liegt bei nur 12,75%, zum Vergleich: In Baden-Württemberg liegt er bei 23%.

Auf Kosten der Kommunen wird in der Staatskanzlei die Schuldenbremse bejubelt, während die Gemeinden und Landkreise, die Städte und die Bezirke gezwungen sind, um den insgesamt viel zu kleinen Anteil am Steuerverbund zu konkurrieren.

Der Bezirk, die Städte und die Landkreise sind gemeinsam für die Umsetzung der Inklusion zuständig und verantwortlich - dazu gehört die Eingliederungshilfe, die inklusive KITA, das persönliche Budget, die Gebärdendolmetscherin in einer Bürgerversammlung, die WfBm und die barrierefreie Wohnung. All das kostet überall Geld. Für die SPD-Fraktion ist es daher selbstverständlich, dass wir im Bezirkstag nicht nur die eigenen, sondern auch die Finanzen unserer Umlagezahler im Blick haben.

In diesem Jahr ist es uns gelungen, durch Gespräche im Vorfeld der heutigen Sitzung eine gemeinsame Position zu finden im Umgang mit der Bezirksumlage. Wir senken sie um 1,3 Punkte von 24,2 auf 22,9. Wir werden 25,6 Mio., die uns nach der neuen Bemessungsgrundlage zustehen, nicht in Anspruch nehmen, sondern sie in den Städten und Landkreisen lassen. Das entspricht dem Betrag, der uns gewissermaßen als Geldsegen bei der Haushaltseinbringung im Oktober offenbart wurde: 21,5 Mio. durch Umlagezuwachs und 3,5 Mio. mehr FAG-Mittel. Davon brauchen wir knapp 10 Mio. € für Mehrausgaben des neuen Tarifabschlusses im Erziehungsbereich und für die jungen Flüchtlinge, wir haben aber mit einer Kombination aus weiteren Handlungsspielräumen im Haushalt den Gesamtbetrag wieder zusammengebracht. Wir setzen dafür den Überdeckungsbetrag des Haushaltes ein, wir reduzieren die Rücklage, und wir werden 50 % der geplanten Investitionen mit Krediten finanzieren. Darin enthalten sind 2 Mio. für den Erweiterungsbau des Bezirksrathauses, das auch in den Folgejahren ausschließlich über Kredit finanzieren werden. Wir können den gemeinsamen Brief von Städtetag und Gemeindetag, der uns auffordert, unsere Handlungsspielräume zugunsten einer Umlagesenkung zu nutzen, souverän beantworten.

Die SPD-Fraktion hätte sich auch mehr Senkung über eine höhere Kreditfinanzierung vorstellen können. Wenn aber zwei genau gleich große Interessenblöcke mit jeweils 15 Bezirksrätinnen und Bezirksräten zu tragfähigen Ergebnissen kommen wollen, dann müssen wir aufeinander zugehen, dann muss verhandelt werden, um Kompromisse zu finden. Und wir haben gute Kompromisse gefunden, nicht nur bei der Bezirksumlage, sondern auch beim Umgang mit den Anträgen.

Im Namen der SPD-Fraktion sage ich dafür herzlichen Dank !

Deswegen kann ich bereits an dieser Stelle die Zustimmung der SPD-Fraktion für den vorliegenden Haushaltsentwurf in Aussicht stellen.

Nicht nur im Bezirkstag sind wir dabei, eine bessere Gesprächskultur zu entwickeln. In 2015 haben wir – und auch das war uns als SPD-Fraktion sehr wichtig, eine Reihe von Schritten zur Verbesserung

der Kommunikation mit unseren Umlagezahlern unternommen. Dazu zähle ich die erste Informationsrunde der Kämmerer über den Verlauf des Haushaltes 2015 bereits im Sommer ebenso wie die Gesprächsrunde, zu der die Oberbürgermeister der Städteachse den Bezirkstagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden eingeladen hatten. Darüber hinaus hatte der BTP eine Gesprächsrunde mit den Landräten.

Herr Bezirkstagspräsident, ich kann nachvollziehen, dass sie sich für das Modell anderer Bezirke, im Kreis der kommunalen Spitzenverbände bereits im Vorfeld des Haushaltsbeschlusses die Höhe der Bezirksumlage gemeinsam festzulegen, nicht erwärmen können. Wir sind schließlich kein Abnicker-Gremium. Gleichwohl hält es die SPD-Fraktion für sehr sinnvoll, auch künftig mit allen Verantwortlichen und Partnern so früh wie möglich Eckpunkte für die Haushaltsberatungen im Bezirkstag zu besprechen. Das erleichtert nicht nur die Orientierung für die Haushaltsplanung der Städte und Landkreise, es hilft auch enorm, „last-minute-Kontroversen“ und Hängepartien wie beim HH-Beschluss letztes Jahr im Bezirkstag zu vermeiden.

Auch wenn wir das vielleicht nicht immer so empfinden, haben wir trotzdem ein hohes Maß an Übereinstimmung.

Der **Verwaltungshaushalt**, über den wir die Kernaufgaben des Bezirks Mittelfranken in der Eingliederungshilfe finanzieren, ist gut aufgestellt, um den Menschen, die Hilfe brauchen, diese ihrem individuellen Bedarf entsprechend zukommen zu lassen.

Er enthält wichtige Aufgaben und Ziele, die die Inklusion und die Zusammenarbeit mit den Städten und Landkreisen fördern.

Beispielhaft nenne ich

das Projekt „**Ambulantisierung in Modellregionen**“ Im Rahmen der Modellregionsarbeit soll mit wissenschaftlicher Begleitung erarbeitet werden, wie das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderung im Sozialraum Gemeinde, Stadt oder Landkreis auf Dauer gut gelingen kann, und wie Finanzmittel so optimal wie möglich eingesetzt werden können.

Der von Seiten der psychosozialen Arbeitsgemeinschaften und dem Planungs- und Koordinierungsausschuss (PKA) geforderte **Ausbau der ambulanten und teilstationären Angebote für Menschen mit seelischer Behinderung** wird Rechnung getragen. Es sind angemessene Steigerungsraten im Haushalt berücksichtigt.

Ich freue mich, dass wir heute mit hoffentlich breiter Mehrheit unseren SPD-Antrag zur **Schaffung eines Inklusionspreises** der Bezirks Mittelfranken beschließen können. Damit können wir öffentlichkeitswirksam kreative Arbeit und Ideen zur Umsetzung von Inklusion würdigen.

Wir begrüßen, dass es gelungen ist, im Bereich „**Förderung ambulanter Netzwerke und Zuverdienstarbeitsplätze**“, die über die Haushaltsstelle 4701.7011 finanziert werden, Hier geht es v.a. auch um Menschen mit Suchterkrankungen. Leider ist festzustellen, dass der Hilfebedarf immer weiter zunimmt. Mit mehr Mitteln, wie wir sie beantragt haben, hätten wir sicher schneller handeln können. Mit einer Ausbauevereinbarung in Höhe von 300 000 € machen wir aber einen soliden Schritt nach vorne.

**Behindertenfahrdienst:** Ich begrüße, dass wir uns bisher einig waren, dass wir die Standards nicht senken wollen. Ich hoffe, das bleibt so. Mobilität ist für Menschen mit Behinderung die Grundvoraussetzung zur Teilhabe. Wir haben uns als SPD erfolgreich dafür eingesetzt, dass Verwaltung und Politik, Nutzer und Anbieter in mehreren moderierten Gesprächsrunden das ganze System kritisch durchgearbeitet haben. Wir haben dabei kostspielige Fehlentwicklungen festgestellt, die wir korrigieren werden.

Das Beispiel BFD zeigt, wie wichtig **Controlling und Benchmarking** ist. Deswegen haben wir im Frühjahr diesen Jahres im Sozialausschuss die Verwaltung einstimmig beauftragt, zunächst an zwei ausgewählten Beispielen herauszuarbeiten, warum der Bezirk Mittelfranken zu den Spitzenreitern bei den Sozialausgaben gehört. Wir sind gespannt auf das Ergebnis, das Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden soll. Das ist aus unserer Sicht der fachlich richtige Weg, um zu Erkenntnissen zur optimalen Steuerung des Mitteleinsatzes zu kommen. Zu den ausgewählten Beispielen gehört auch der Bereich TENE, wo es um die Tagesbetreuung für Menschen mit Behinderung nach der Erwerbsphase geht. Deswegen sah die SPD-Fraktion keine Notwendigkeit, angesichts der Kostenentwicklung in den Leitungsstrukturen dieser Einrichtungen mit einem Antrag für den Haushalt tätig zu werden. Wir stimmen dem Antrag der CSU dennoch zu, denn dies ist Bestandteil des Kompromisses, um heute zu einem Haushaltsbeschluss zu kommen.

Auch dem **Investitionshaushalt** mit einem Gesamtvolumen von 17,2 Millionen € stimmen wir zu. Alle Vorhaben sind gut vorbereitet und in allen Ausschüssen intensiv beraten worden. Ich nenne hier beispielhaft den weiteren Ausbau der landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf, die sich mit ihrer Kompetenz einen bundes- und europaweit bekannten Ruf als zukunftsorientierte Bildungseinrichtung rund um den Agrarbereich und die erneuerbare Energien erworben hat und das Projekt „Generalsanierung des Zentrums für Hörgeschädigte“ in Nürnberg, das damit auch seinen inklusiven Ansatz als Kompetenzzentrum weiter entwickeln wird. Hervorheben möchte ich auch den Ausbau des Bezirksrathauses. Es war uns als SPD-Fraktion besonders wichtig, alle Alternativen sorgfältig zu prüfen, um am Ende eine fundierte Entscheidung für die wirtschaftlichste Lösung treffen zu können. Der Ausbau erfolgt in Modulbauweise, d.h. die Gesamtplanung wird in 2 Bauabschnitten realisiert. Wir sind damit in der Lage, flexibel auf Änderungen im Personal- und damit im Raumbedarf zu reagieren. Von Anfang an haben wir auch gefordert, diesen Bau zu 100 Prozent mit Krediten zu finanzieren. Kreditfinanzierung von Investitionen in Zeiten wie diesen, wo für Kommunalkredite fast keine Zinsen anfallen, halten wir nicht für Teufelswerk, sondern für einen Akt finanzpolitischer Vernunft. Der Bezirk ist handlungsfähig bei Investitionen. Aufgrund der Umlageerhebung werden wir jederzeit in der Lage sein, den Kredit zu bedienen. Umlagerelevant werden nur die auf einen längeren Zeitraum verteilten jährlichen Kosten für die Kreditbewirtschaftung und nicht hohe Einmalausgaben die jeweiligen Investitionsvorhaben. Das entlastet die Umlagezahler. Beiden Seiten ist geholfen.

Die **Bezirkskliniken** unterstützen wir auf ihrem Weg, Qualität zu sichern und trotzdem schwarze Zahlen zu schreiben. Wir begrüßen, dass auch im 2. Jahr in Folge kein Defizit aus dem Bezirkshaushalt zu leisten ist. Wir müssen darauf achten, dass der durch die Gesundheitspolitik erzwungene Druck zur Ökonomisierung des Sozialen die Sorgfalt und Sensibilität im Umgang mit den Patienten nicht auf der Strecke lässt. Das beinhaltet auch, dass bei der anstehenden Generalsanierung des Klinikums am Europakanal in Erlangen die wohltuende Weite der grünen Flächen nicht mit neuen enorm verdichteten und gesichtslosen Gebäudemassen zugebaut werden dürfen.

Dem **Personalhaushalt** für 2016 stimmen wir zu. Er enthält eine moderate Zahl von Stellenanhebungen, die ausführlich und nachvollziehbar begründet sind.

Wir bedauern den Einzug einer Stelle, die eigens für eine behinderte Mitarbeiterin aus einer WfbM als Außenarbeitsplatz geschaffen worden war. Sie kehrt in die Werkstatt zurück. Wir würden es begrüßen, wenn auch künftig jederzeit schnell und unbürokratisch für interessierte behinderte MitarbeiterInnen aus einer WfbM ein Arbeitsplatz zur Verfügung stehen würde. Wir bitten die Verwaltung, in der anschließenden Aussprache hierzu um eine Stellungnahme.

Wir begrüßen ausdrücklich die **Berufung des hauptamtlichen Inklusionsbeauftragten des Bezirks Mfr**. Hierfür haben wir uns als SPD besonders stark gemacht.

Wir wollen festhalten am Auftrag an die Verwaltung, ein externes **Organisationsgutachten zur Personalentwicklung** auf den Weg zu bringen. Für die SPD-Fraktion melde ich schon heute Interesse an der Mitarbeit in der Projektgruppe zur Begleitung des Gutachtens an.

Zur **Entlastung des Stiftungshaushaltes** beantragen wir erneut die Rückführung der Pflichtaufgabe Denkmalschutz- und Pflege in den Verwaltungshaushalt. Der Stiftungshaushalt ist aufgrund des

anhaltend niedrigen Zinsniveau an seine Grenzen gekommen. Wir können durch die Rückführung der Denkmalpflege an ihren ursprünglichen Ort im kamerale Haushalt das Defizit im Stiftungshaushalt ausgleichen und in bescheidenem Umfang einen neuen Spielraum gewinnen – aber nur für kurze Zeit. Wir müssen m.E. frühzeitig im nächsten Jahr damit anfangen, fraktionsübergreifend ein neues Konzept für den Umgang mit dem Stiftungshaushalt zu entwickeln. Wie können wir die Förderung kleinteiliger Kultur erhalten? Was können wir uns an Großprojekten künftig noch leisten? All diese Fragen müssen auf den Tisch.

Die durch die Rückführung frei werdenden Mittel sollen überwiegend zum Defizitausgleich verwendet werden. Wir beantragen lediglich ein Begleitprojekt zur bayerischen **Landesausstellung 2016** zum 700. Geburtstag von Kaiser Karl IV. Die Ausstellung wird die traditionelle, über Jahrhunderte gewachsene geschichtliche Verbindung zwischen Mittelfranken und Tschechien zeigen. Ein eigenes Projekt des Bezirks soll ein wichtiges Signal sein für Europa, und es soll vor allem die Jugend ansprechen und dafür werben, zur Erhaltung des Friedens die Einheit Europas nicht aufzugeben. Diese Einheit ist derzeit in keinem guten Zustand. Die Idee, die Vision eines Europas ohne Grenzen braucht neue Impulse!

Für unseren Antrag auf Erhöhung des Zuschusses für das **DokuPäd** in Nbg. bitte ich mit allem Nachdruck um ihre Unterstützung. Es kann mit der Ausstrahlung seiner Arbeit mit Fug und Recht als ein Leuchtturmprojekt für ganz Mittelfranken gegen Rechtsextremismus und für Demokratie genannt werden. Es braucht unsere Unterstützung; auch 10 000 €, statt der beantragten 15 000 €, verteilt auf die 2 oder 3 Jahre, nächsten Jahre, wären ein guter Schritt in die richtige Richtung. Bitte, stellen sie bei ihrer Entscheidung nicht jahrelang geübte und sicher auch bewährte Abläufe, in den Vordergrund, wonach eine Förderung nur auf Antrag des BezJR sein darf. Bitte, setzen sie stattdessen die Priorität für ein deutliches Signal gegen Rechts! Es ist höchste Zeit!

Wir stehen zur Vereinbarung mit der CSU, den Zuschuss für die Medienfachberatung trotz unseres höheren Antrags zunächst nur um 7000 € zu erhöhen, um die Angleichung an die Tarifsteigerungen der letzten Jahre zu sichern. Über den weiteren Ausbau muss in 2016 erneut der JSP-Ausschuss beraten. Die Sportförderung werden wir im Rahmen eines Kompromisses um 20 000 € - und nicht wie von uns beantragt – um weitere 10 000 € auf 30 000 € - erhöhen. Wir als SPD-Fraktion wollen aber neben der Qualitätsförderung des Vereinsmanagements auch die Möglichkeit schaffen, Vereinen über den BLSV Bezirksverband finanzielle Hilfestellung bei der Ausbildung von Übungsleitungen für Sport mit behinderten Menschen und AbnehmerInnen des Sportabzeichens von sportlichen Menschen mit Behinderung zukommen zu lassen.

Anrede,

in 2016 soll das **Bundesteilhabegesetz kommen**. Es wird zwar nicht das geforderte Teilhabegeld bringen, aber die Leistung „Eingliederungshilfe“ soll aus dem Fürsorgesystem herausgelöst werden. Es wird für unsere bisherige Arbeit viele Neuerungen und Änderungen bringen. Es wird den Grundsatz der personenzentrierten Hilfe verstärken unabhängig von Wohnort und Wohnform.

Die wichtigste Frage für uns muss lauten: Wie schaffen wir es, dass bei allen künftigen Bemühungen zur Umsetzung der neuen Gesetzes der Mensch nicht zum Objekt einer perfekten Inklusionsbürokratie wird sondern mit all seinen individuellen Bedürfnissen Mensch bleiben kann.

Anrede,

beim Abfassen meiner Rede habe ich mich von einem Satz des 1767 geborenen preußischen Gelehrten und Bildungsreformers Wilhelm von Humboldt leiten lassen:

**Im Grunde sind es doch die Verbindungen mit Menschen, welche dem Leben seinen Sinn geben.**

In diesem Sinne danke ich im Namen meiner Fraktion und auch persönlich ihnen Herr Bezirkstagspräsident Bartsch und ihnen Frau stellvertretende Bezirkstagspräsidentin Naaß, allen Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages, den Führungskräften, namentlich Herrn Kämmerer Weispfenning, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und aller Einrichtungen des Bezirks und den Personalvertretungen für ihre geleistete Arbeit, für Zusammenarbeit und Unterstützung das ganze Jahr hindurch, für die zielführende Vorarbeit zur heutigen Sitzung und deren Zufriedenheit stiftende Ergebnisse.

Ich danke – wie auch im letzten Jahr - den Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Behinderung für ihr Engagement, den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den sozialen Einrichtungen und Diensten für ihre Arbeit, für guten Rat, vertrauensvollen Umgang und die Möglichkeit, von ihnen zu lernen.

**Ich wünsche ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und friedliches neues Jahr.**

Danke für ihre Aufmerksamkeit.